Beginn: 10:03 Uhr

Präsident Eckhard Uhlenberg: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich heiße Sie herzlich willkommen zur 54. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **vier Abgeordnete entschuldigt.** Ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Wir treten nunmehr in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

1 Hinweise auf rechtsextreme Aktivitäten dürfen nicht verloren gehen: Die Arbeit des Verfassungsschutzes neu justieren

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/3955

Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben mit Schreiben vom 6. Februar 2012 gemäß § 90 Abs. 2 der Geschäftsordnung zu der genannten aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner vonseiten der antragstellenden SPD-Fraktion dem Abgeordneten Körfges das Wort.

Hans-Willi Körfges (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne! Anlass für die Beantragung der heutigen Aktuellen Stunde war die Festnahme eines mutmaßlichen Terrorhelfers durch Einsatzkräfte der Bundespolizei am 1. Februar 2012.

Wir als antragstellende Fraktionen glauben, dass es nach der Befassung im Innenausschuss am vergangenen Donnerstag noch ganz erheblichen weiteren Beratungsbedarf hinsichtlich der Ursachen und Konsequenzen aus den Tatsachen gibt, die wir in dieser Sitzung besprochen haben. Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, wenn ein möglicher Helfer und Unterstützer, der zumindest dem Verfassungsschutz in Thüringen nach Informationen aus der „Süddeutschen Zeitung“ seit 1999 als Nazi-Aktivist bekannt war, nicht im Fokus unserer Behörden in NRW stand, muss das zwangsläufig Fragen aufwerfen.

Zur Klarstellung an dieser Stelle noch einmal ganz ausdrücklich die Aussage, weil ich es nötig finde, dass wir bei diesem Thema offen miteinander umgehen: Niemand will die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie in Zweifel ziehen. Dass zur Bekämpfung und Abwehr rechtsextremistischer Bestrebungen, gar menschenverachtender rechtsterroristischer Verbrechen die Beobachtung auch mit nachrichtendienstlichen Mitteln gehört, das stellt niemand ernsthaft in Zweifel.

Wir haben aber trotzdem Zweifel, und zwar an der Effektivität und generellen Aufstellung. Solche Zweifel müssen zwangsläufig auftreten, wenn sich jemand über mehr als zehn Jahre angeblich in unserem Bundesland aufhalten soll, der extrem engen Kontakt zu dieser NSU gehabt haben soll, ohne dass wir hier über unsere Sicherheitsbehörden, über den Verfassungsschutz, davon auch nur die geringste Ahnung haben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, das ruft geradezu nach einer Aufklärung.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Es handelt sich nämlich bei dem Betroffenen nicht nur um einen ehemaligen hochrangigen NPD-Funktionär und um ein führendes Mitglied beim militanten sogenannten Thüringer Heimatschutz, nein, es handelt sich bei dem Verdächtigen auch um jemanden, der im Zusammenhang mit diesen drei auch seinerzeit schon unter Terrorverdacht stehenden Menschen in Thüringen auffällig war.

Nach unserer Meinung kann und darf es nicht angehen, dass es keinen Austausch von Informationen zwischen den zuständigen Verfassungsschutzämtern gegeben hat.

(Beifall von der SPD)

Wir begrüßen ganz ausdrücklich – an dieser Stelle unterstützen wir den Innenminister auch sehr –, dass hier kurzfristig Anstrengungen unternommen werden sollen, eine bessere Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern zu gewährleisten. Gerade dann, wenn man, wie wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten das tun, aus guten Gründen eine zentrale Zuständigkeit für solche Fragen ablehnt, muss man die Frage nach einem effektiven Funktionieren des Föderalismus in diesem Bereich stellen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich weise vorsorglich ganz ausdrücklich die im Innenausschuss geäußerte Vermutung zurück, dass wir insgesamt die Arbeit der Sicherheitsbehörden in Zweifel ziehen wollen. Nein, wir erkennen ausdrücklich an, dass es zum Beispiel eine sehr erfolgreiche Arbeit im Bereich des Kampfes gegen religiös motivierten Terror gegeben hat. Das respektieren wir, und das erkennen wir an.

Das kann aber nicht den Blick dafür verstellen, dass Nazikiller über mehrere Jahre auch in Nordrhein-Westfalen Straftaten begehen konnten, ohne dass der systematische Zusammenhang aufgedeckt worden ist. Im Zusammenhang mit der Düsseldorfer

Festnahme aufgeworfene Fragen bestätigen dies doch.

Nicht nur die Öffentlichkeit hat einen Anspruch darauf, dass wir uns mit diesem Thema beschäftigen. Die Opfer und ihre Angehörigen müssen sich ebenfalls darauf verlassen können, dass auch wir als Abgeordnete des Landes Nordrhein-Westfalen an dieser Stelle unsere Pflicht tun, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Dazu gehören auch der Mut und die Bereitschaft, Fehleinschätzungen einzugestehen und Fehler einzuräumen. Denn ich frage ganz ausdrücklich: Warum sind Teile der Zivilgesellschaft bezogen auf ihre Erkenntnisse offensichtlich besser aufgestellt als unsere Sicherheitsbehörden? Das gilt zum Beispiel bei ganz konkreten Hinweisen auf den jetzt Festgenommenen, der ganz offensichtlich im Bereich der Antifa-Bewegung schon seit Langem bekannt war, aber nicht im Fokus unserer Verfassungsbehörden stand.

Außerdem stellt sich die Frage, liebe Kolleginnen und Kollegen, ob unsere Vorstellungen von Rechtsradikalität und Rechtsextremismus mit der Realität noch übereinstimmen.

An dieser Stelle verweise ich auf einen Artikel in der „Rheinischen Post“ unter der Überschrift „Die neuen Rechtsextremisten“. Dort wird eine vollkommen neue inhaltliche und methodische Qualität der betreffenden Personen hingewiesen. Das betrifft sowohl das äußere Erscheinungsbild als auch das soziale Umfeld.

Ich kann Ihnen nur sagen: Das erfordert für uns zwingend eine Analyse der Arbeit und der Vorgehensweise des Verfassungsschutzes in diesem Bereich. Deshalb will ich mich beim Minister und beim Ministerium insgesamt ausdrücklich dafür bedanken, dass jetzt auch ein kritischer Blick von außen auf die Arbeit zugelassen und ermöglicht wird.

Aber auch wir als Parlament – damit will ich hier schließen – stehen in einer ganz speziellen Verantwortung. Eine wehrhafte Demokratie braucht Vertrauen.

Die Arbeit des Verfassungsschutzes wird inhaltlich durch ein Parlamentarisches Kontrollgremium begleitet, das aus gut nachvollziehbaren Gründen keine öffentliche Begleitung ermöglicht, damit weder Personen noch Ermittlungsergebnisse gefährdet werden.

Wir müssen aber sorgsam prüfen, an welchen Stellen Klarheit geschaffen werden kann, und zwar nicht nur durch die Verbesserung der Informations- und Kontrollrechte innerhalb des Kontrollgremiums, sondern auch durch die öffentliche Behandlung wesentlicher nicht sicherheitsrelevanter Fragen, die Grundlagen, Aufgabenstellung und Arbeitsweise des Verfassungsschutzes betreffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der demokratische Rechtsstaat hat nichts zu verbergen, wenn es darum geht, mit welchen Mitteln und unter welchen Bedingungen er sich schützend vor die Bürgerinnen und Bürger und seine Institutionen stellt.

Allerdings ist für mich eines klar: Es stellen sich wesentliche weitere Fragen, nämlich die Frage, ob nicht auch ein NPD-Verbot unter den vorliegenden Erkenntnissen jetzt noch zwingender erforderlich ist, und zu guter Letzt die Frage, ob das alles mit Mitteln der Repression wirklich wirkungsvoll zu bekämpfen ist; denn wir müssen junge Menschen vor den Verführern schützen. Wir müssen aufklärend wirken.

Da haben wir als Parlamentarier in diesem Land alle zusammen eine Aufgabe. Ich möchte dazu einladen, dass wir über die üblichen Grenzen der Betroffenheit hinweg auch gemeinsam den Mut und die Kraft dazu finden, uns an der Stelle gemeinsam für unsere demokratisch verfasste Gesellschaft einzusetzen. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Körfges. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Abgeordnete Schäffer.

Verena Schäffer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die menschenverachtende Haltung der rechtsextremen Terrorgruppe NSU, die auch durch NRW gezogen ist, die in Dortmund gemordet hat, die zwei Anschläge in Nordrhein-Westfalen in Köln begangen hat, die Menschenleben aufs Spiel gesetzt hat, hat uns alle erschüttert. Die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land fragen sich zu Recht, wie es eigentlich sein kann, dass diese Terrorgruppe zehn Jahre unerkannt in Deutschland unterwegs sein konnte und morden konnte.

Vor diesem Hintergrund ist es gut und richtig, dass jetzt im Bundestag ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss eingerichtet wurde und dass man auch in Thüringen einen entsprechenden Untersuchungsausschuss eingerichtet hat.

Auch wenn wir hier in Nordrhein-Westfalen noch keine Erkenntnisse haben, dass die Sicherheitsbehörden mitverantwortlich für diese Ermittlungspannen waren, muss sich der Landtag NRW sehr wohl mit notwendigen Konsequenzen, mit der Arbeit des Verfassungsschutzes, aber auch mit einer wirksamen Prävention auseinandersetzen.

Mit der Festnahme von Carsten S. in der letzten Woche in Düsseldorf muss uns klar geworden sein, dass Nordrhein-Westfalen nicht nur ein Tatort dieser Terrorgruppe war, sondern dass sie unter Umständen auch in Nordrhein-Westfalen ein Unterstützungsnetzwerk hatte. Mit dieser Festnahme von

Carsten S. hat sich zwangsläufig auch der Fokus unserer Diskussion noch einmal ein Stück weit verändert. Es ist unsere Aufgabe als NRW-Abgeordnete, entsprechend hinzuschauen und Fehler aufzudecken.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Da stellt sich für mich schon die Frage, wie es eigentlich sein kann, dass der Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen erst seit zweieinhalb Monaten, also erst seit November letzten Jahres, Erkenntnisse über Carsten S. hat. Darüber, dass der Thüringer Verfassungsschutz den Umzug an die NRW-Behörden hätte melden müssen, sind wir uns wohl einig. Warum das nicht passiert ist, ist aus meiner Sicht auch eine Frage, die man jetzt im Thüringer Landtag im dortigen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss klären muss. Für mich stellt sich aber schon die Frage, warum die NRW-Verfassungsschutzbehörden nicht zumindest nach 2004 entsprechend nachgefragt haben. Denn am 30. Januar 2004 erschien in der Düsseldorfer Antifa-Zeitung „TERZ“ ein Artikel, der ganz klare Hinweise gegeben hätte. Daraus würde ich gern zitieren. Dort steht:

Bis ungefähr Ende 2000 war dieser – damit ist Carsten S. gemeint – einer der führenden Aktivisten und Funktionäre der Neonaziszene in Thüringen, insbesondere im Raum Jena. Er brachte es bis zum NPD-Kreisvorsitzenden, stellvertretenden JN-Landesvorsitzenden, zum Landesbeauftragten der JN-Bundesführung, sogar kurzzeitig in den JN-Bundesvorstand. Er dürfte zu den wichtigsten Organisatoren und Koordinatoren der damaligen Thüringer Neonaziszene gehört haben, war auch für Schulungen des Nachwuchses und als Versammlungsleiter für Aufmärsche zuständig.

Diese Beschreibungen zeigen sehr eindeutig, welche Rolle und welche Bedeutung Carsten S. in der Thüringer Neonaziszene gehabt haben muss. Carsten S. war dort nicht irgendjemand, sondern er war NPD-Kreisvorsitzender in Jena, in der Stadt, wo 1998 drei Neonazis nach Ausheben eines Waffenlagers untergetaucht waren. Er war stellvertretender Landesvorsitzender der NPD-Jugendorganisation und damit offensichtlich auch überregional gut vernetzt.

Im Übrigen ist das – der Kollege Körfges hat gerade schon darauf hingewiesen – ein Beleg dafür, dass die NPD immer wieder mit Personen zusammenarbeitet, dass es personelle Überschneidungen zwischen freien neonazistischen Szenen und der NPD gibt. Das wird die Diskussion über ein erneutes NPD-Verbotsverfahren zu Recht anheizen; denn die NPD, das wissen wir, ist eine verfassungsfeindliche, eine antidemokratische Partei, die immer wieder Gewalttäterinnen und Gewalttäter in ihren eigenen Reihen hat und toleriert und damit die Gesellschaft gefährdet.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Einen blinden Aktionismus, der vorschnell vonstattengeht, finde ich falsch, weil die Voraussetzungen für ein NPD-Verbotsverfahren gegeben sein müssen. Dann muss ein neues Verbotsverfahren aber auch eingeleitet werden.

Carsten S. hat selbst betont – nach eigenen Angaben, aber das sagen uns auch alle möglichen Berichte –, dass er aus der rechtsextremen Szene ausgestiegen ist. Es gibt unterschiedliche Angaben, wann das gewesen sein soll. Natürlich darf jemand, der ausgestiegen ist, nicht Jahre danach noch vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Ein ausgestiegener, ehemaliger Neonazi, der das glaubhaft machen kann, muss auch die Chance haben, wieder in die Gesellschaft zurückzukehren, zumindest dann, wenn er keine Straftaten begangen hat. Wenn der NRW-Verfassungsschutz den Ausstieg aber nicht selbst unterstützt hat, dann hätte er zumindest die Glaubhaftigkeit des Ausstiegs überprüfen müssen.

Vor diesem Hintergrund, aber auch im Hinblick auf die Tatsache, dass der Innenminister in der vergangenen Woche zwei Pannen beim Verfassungsschutz aufgezeigt hat – ich bin froh, dass er es öffentlich gemacht hat; dabei handelt es sich zum einen um einen Aussteiger, der als V-Mann weitergeführt wurde, zum anderen um einen V-Mann, der erst bei Erreichen von Führungspositionen abgeschaltet wurde –, ist es nicht verwunderlich, dass sich die Bevölkerung fragt: „Was macht der Verfassungsschutz eigentlich?“ und dass das Vertrauen in den Verfassungsschutz schwindet.

Nicht zuletzt deshalb ist es unsere Aufgabe als Abgeordnete, kritisch zu hinterfragen, hinzugucken und über Änderungen beim Verfassungsschutz hin zu mehr Transparenz und Kontrolle zu diskutieren.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD und von der LINKEN)

Aus meiner Sicht stehen wir momentan erst am Anfang einer Diskussion, die noch folgen muss. Wir müssen über die Aufgaben und Zuständigkeiten, aber auch die Richtlinien und die Kontrolle des Verfassungsschutzes diskutieren. Wir müssen uns Gedanken über eine gesellschaftspolitische Strategie zur Bekämpfung von Rechtsextremismus machen. Dazu brauchen wir einen festen Rahmen, ein Gremium. Eine konstruktive, nach vorne gerichtete Debatte bekommen wir nicht – ich kann mir vorstellen, dass viele das ähnlich sehen – im Rahmen von Plenarsitzungen innerhalb von anderthalb Stunden oder in Innenausschusssitzungen im Rahmen der normalen Tagesordnung hin.

Wir brauchen eine systematische Diskussion. Dazu gehören für mich die Fragen nach der Neuausrichtung der Ermittlungsbehörden beim Thema Rechtsextremismus und die Frage nach der Effizienz und

den Grenzen des Verfassungsschutzes. Wir müssen aber auch darüber diskutieren, wie wir rechtsextreme Strukturen systematisch zurückdrängen können. Wir müssen Ungleichwertigkeitsvorstellungen thematisieren. Dafür brauchen wir eine starke Zivilgesellschaft, ohne die schaffen wir es nicht.

Diese Diskussion erwartet die Öffentlichkeit von uns. Aber auch im Hinblick auf die Angehörigen der Opfer und die Verletzten der Bombenanschläge ist es nur geboten, dass wir die politische Diskussion führen, zu Konsequenzen kommen und diese dann auch einbringen. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Schäffer. – Für die CDU-Fraktion spricht der Kollege Biesenbach.

Peter Biesenbach (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Schäffer und Herr Körfges, was soll das? Wo ist ein einziger neuer Gedanke, ein einziger neuer Punkt, warum Sie dieses Thema heute zu einer Aktuellen Stunde machen?

(Britta Altenkamp [SPD]: Wenn Sie nicht reden wollen!)

Was ist an dem, was Sie hier fragen, neu? Bei der Regierungsunterrichtung haben wir all diese Dinge besprochen. Wir haben die gemeinsame Linie festgestellt. Wir haben im Innenausschuss darüber debattiert. Der Minister hat mitgeteilt, was er plant. Und Sie kommen heute mit einer großen Aktuellen Stunde – es geht um aktuelle Dinge – und sagen: Hinweise dürfen nicht verloren gehen. – Prima! Zu verloren gegangenen Hinweisen in Nordrhein-Westfalen habe ich nicht einen einzigen Satz gehört.

(Anna Conrads [LINKE]: Mache ich noch, Herr Biesenbach!)

Was wurde angesprochen, Herr Körfges? – Wehrhafte Demokratie: Das wollen wir alle. Mit dieser Aktuellen Stunde? – Mitnichten.

NPD-Verbot: Ist das das Thema der Aktuellen Stunde? Das Thema läuft. Die Innenministerkonferenz hat einen Auftrag erteilt, zu prüfen. Dann müssen wir hier nicht ständig wiederholen: Wir wollen das. – Lassen wir es doch prüfen. Dann können wir sinnvoll arbeiten.

(Marc Herter [SPD]: Sie springen wie so oft zu kurz, Herr Biesenbach!)

Bekämpfung des Rechtsextremismus: Hat das etwas mit dem Thema zu tun, das Sie heute zur Debatte stellen? – Das ist nicht mal kalter Kaffee, das ist einfallslos. Sie haben keine Ideen. Das ist doch der Punkt, den wir bereits lange behaupten: nichts tun, nichts anpacken, aber Themen wiederholen und das längst Bekannte erneut durchkauen. Das ist langweilig, und das bringt Ihnen nicht einen einzigen Punkt.

(Beifall von der CDU)

Gehen wir einmal den nächsten Punkt durch: „Rechtsextreme Aktivitäten dürfen nicht verloren gehen“. – Einverstanden. Nur, was wollen Sie daran noch tun? Der Minister hat bei der Unterrichtung deutlich gemacht, dass die Innenministerkonferenz gehandelt hat. Es wurde ein gemeinsames Abwehrzentrum Rechtsextremismus gerade mit den Schwerpunkten Informationssammlung, Informationsaustausch, Informationsweitergabe für alle Behörden ins Leben gerufen. Wir arbeiten mit. Was soll dann verloren gehen?

Die Ursache dessen, was Sie hier beklagen, scheint beseitigt zu sein. Nun muss diese Stelle arbeiten. Dass sie es beim islamistischen Terrorismus kann, hat sie bewiesen. Wenn die gleichen Methoden übernommen werden, wird es auch hier klappen. Also warum diese Aktuelle Stunde?

Wir haben gehört, dass der Verfassungsschutz auch seine Arbeit geändert hat. Es soll stärker auf die Früherkennung von Radikalisierungsverläufen eingegangen werden. Außerdem sollen personenbezogene Informationen gewonnen werden. Ich höre aus den Ermittlungskreisen, dass gerade die Festnahme, die Sie zum Anlass dieser Aktuellen Stunde nehmen, ein Ergebnis dieser personenzentrierten Informationsgewinnung ist.

Also: Was wollen Sie? Was beklagen Sie? Sagen wir doch den Behörden, die arbeiten, sagen wir dem Verfassungsschutz, dass wir mit seiner Arbeit zufrieden sind. Gibt es einen einzigen Grund, warum wir über die Arbeit des Verfassungsschutzes in diesem Land klagen? Nein. Haben wir einmal gehört, dass er hier nicht funktioniert? Nein.

(Zuruf von Matthi Bolte [GRÜNE])

Also: Großes Gebrüll um diese Situation.

Der Innenminister durchleuchtet den Verfassungsschutz, heißt seine Presseinformation. Er soll moderner und transparenter werden. – Lieber Herr Innenminister, bis heute haben Sie uns noch nicht gesagt, was denn der Anlass ist. Sie berufen Herrn Schubmann-Wagner, eine Analyse zu betreiben. Seine erste Aufgabe soll sein, Themen und Umfang festzulegen. Ja, Herrgott des Himmels, warum berufen Sie ihn denn, wenn Sie nicht wissen, was er klären soll? Nach dem Motto: Der wird seine Arbeit schon finden?

(Minister Ralf Jäger: Wer behauptet das denn?)

Zweiter Bereich: interne Schwachstellenanalyse im Zusammenhang mit den bundesweiten Erkenntnissen. Dabei nennen Sie zwei Fälle aus der Vergangenheit, einen aus einem angeblich schwierigen

Aussteigerprogramm und einen anderen, der die V-Mann-Führung betrifft. Ich lese, dass nach den heutigen Grundsätzen so, wie seinerzeit gearbeitet wurde, nicht wieder gearbeitet werden soll. – Na, das ist doch prima. Dann lassen Sie doch nach den heutigen Grundsätzen arbeiten. Dann brauchen Sie keine Überprüfung.

Eine einzige Situation bei wie viel Fällen in den Jahren dieses Landes? Das ist nicht nur Arbeitsbeschaffung. Verkaufen Sie uns doch nicht für dumm! Verkaufen Sie die Menschen in diesem Land nicht für dumm! Mit einem solchen Gerede bringen Sie den Verfassungsschutz in Verruf,

(Beifall von der CDU)

während er gute Arbeit leistet.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Alles gut gelaufen, Herr Kollege? Ja?)

Das ist Ihnen vorzuwerfen.

Bei der V-Mann-Führung, Herr Kollege Körfges, höre ich: Wir wollen keine exponierten Mitglieder von möglicherweise verfassungswidrigen Organisationen mehr als V-Leute. Ja, wer soll Ihnen denn die Informationen bringen? Wo geschehen denn die Planungen? Wo geschehen denn die Überlegungen? Bei den Mitläufern? Da werden Sie nichts erfahren. Da gucken Sie lieber in die Zeitung. Da steht alles drin. Wenn Sie mehr wissen wollen, wenn Sie in die Führungszirkel hinein wollen, dann, bestätigen Ihnen alle Ermittlungsbehörden, müssen wir auch diejenigen nehmen, die in exponierterer Stellung sind.

Übertragen Sie das einmal auf die Arbeit einer Fraktion, dann ist es spannend, herauszufinden, was in einem geschäftsführenden Vorstand läuft, aber nicht, was in Fraktionssitzungen besprochen wird. Denn das können Sie ohnehin in der Regel am nächsten Tag in der Zeitung lesen.

Also: Was wollen Sie denn ändern? Welche Punkte kritisieren Sie? Wo gibt es Situationen, bei denen Änderungen notwendig sind? Ich will mich nicht über die Dinge auslassen, die man hört. Wenn die so kommen, wie das auf den Fluren zu hören ist, dann werden wir uns schon darüber unterhalten müssen, welchen Verfassungsschutz Sie wollen und was Sie davon haben.

Wenn hier bei den Grünen gerade heftig widersprochen wird, dann bin ich einmal gespannt, ob der Minister in der Lage ist, einen Entwurf vorzulegen, der die Fragen, die wir haben, löst. Ich habe nicht den Eindruck, dass Sie bereit sind, dem Verfassungsschutz die Instrumente zu geben, die er braucht, um heute im Zeitalter der elektronischen Datenübermittlung wirksam arbeiten zu können. Da bin ich einmal gespannt, ob er sagt, das schafft er auch. Ich glaube es nicht.

Aber etwas anderes glaube ich. Herr Jäger, da werden wir sehr genau hinsehen. Sie haben bis jetzt bei uns den Eindruck erweckt, als ob Sie gute und starke Ermittlungsbehörden wollen, die auch arbeiten können. Sorgen Sie dafür, dass der Eindruck bleibt. Ich bin einmal gespannt, ob Sie heute dazu schon etwas mehr sagen. Außer heißer Luft war bis jetzt zu diesem Thema hier noch nichts zu hören.

(Beifall von der CDU)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Biesenbach. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Dr. Orth.

Dr. Robert Orth (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute kann ich, was nicht immer der Fall ist, nahtlos an den Kollegen Biesenbach anknüpfen. Ich habe mich auch gefragt, was diese Aktuelle Stunde eigentlich heute soll. Wohin wollen Sie? Ist das hier eine Kritik von Rot-Grün an der Landesregierung, dass sie nicht entsprechend handelt? Denn normalerweise wäre das ja eine Aktuelle Stunde, die die Opposition beantragen würde. Normalerweise könnten Sie ja doch über Ihre Regierungsmitglieder das, was Sie alles möchten, auch wunderbar umsetzen.

Also: Was wollen Sie? Haben Sie in Wirklichkeit einen Streit zwischen Rot und Grün, den Sie hierüber mit einer huldvollen Debatte einfach verdecken wollen?

Wir hatten ja schon bei der Verlängerung des Verfassungsschutzgesetzes um die Weihnachtstage herum genau die Situation. Da wollten Sie uns ja klammheimlich fünf Jahre das Verfassungsschutzgesetz Nordrhein-Westfalen unverändert verlängern, damit Sie eben nicht Ihren internen Streit austragen müssen: Was müssen die Verfassungsschutzbehörden beachten? Was dürfen sie? Sollen die den Kernbereich schützen oder eben nicht? Was ist mit der Immunität auch von Abgeordneten? Das haben wir auch letztens diskutiert. Das sind doch Tausende von Fragen.

Da hätte ich mir eigentlich gedacht, nachdem wir doch alles einmal hier andiskutiert haben, nachdem Sie auch einmal versucht haben, das Verfassungsschutzgesetz heimlich zu verlängern – was Ihnen ja nicht geglückt ist, weshalb wir es jetzt spätestens im September neu verabschieden müssen –, dass Sie sich daranmachen zu sagen, wohin die Reise geht. Das hätten wir gerne gewusst, meine Damen und Herren.

Wenn man dann über die Reise redet, dann ist es natürlich schon auch verwunderlich, dass die Verhaftung, über die wir hier gesprochen haben, doch erst dann zustande gekommen ist, nachdem es schon in der Presse stand, und der Verfassungsschutz – jedenfalls in Nordrhein-Westfalen wissen wir nichts anderes – es nicht vorher wusste und

auch die Polizei nicht eingeschaltet war. Warum wurde denn die GSG 9 zum Beispiel bemüht, obwohl wir doch hervorragende Sondereinsatzkommandos in Nordrhein-Westfalen haben? Das sind so Fragen, die mir durch den Kopf schießen,

(Minister Ralf Jäger: Weil es ein Verfahren des GBA ist! Das wissen Sie doch!)

ob man hier vielleicht nicht das nötige Vertrauen zu den hiesigen Behörden hat. Aber sei es drum.

Ich bin der Ansicht, wir sollten doch dann vielleicht lieber einmal auch in die andere Richtung sprechen. Die Bundesregierung hat gehandelt. Die Bundesregierung – konnten Sie heute über die Agenturen lesen – hat im Bundeskabinett beschlossen, dass eine Bund-Länder-Kommission zur politischen Aufarbeitung der Neonazimorde eingesetzt wird.

Dazu habe ich von Ihnen heute kein Wort gehört. Das geht doch eigentlich in Ihre Richtung. Warum sagen Sie denn dann nicht wenigstens, gut, die Bundesregierung handelt und wir möchten auch gerne mitmachen? – Da schweigen Sie, meine Damen und Herren.

Insofern, glaube ich, ist das hier in Wirklichkeit eine Luftdebatte, die Sie führen, an der ich mich nicht länger beteiligen möchte. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Dr. Orth. – Für die Fraktion Die Linke spricht Frau Abgeordnete Conrads.

Anna Conrads (LINKE): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen, liebe Zuschauer! Sehr geehrte Damen und Herren vom Verfassungsschutz! Wir wissen heute, dass Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe nach ihrem Untertauchen im Jahre 1998 nicht spurlos verschwunden waren. Bis in das Jahr 2000 soll der Militärische Abschirmdienst und der thüringische Verfassungsschutz über einzelne Aufenthaltsorte der Terroristen informiert gewesen sein. Zusätzlich versuchte der thüringische Geheimdienst auch noch, für das Trio falsche Pässe zu beschaffen bzw. 2.000 DM für falsche Pässe an das Trio weiterzuleiten. – All dies beschreibt die existierenden skandalösen Zustände.

Ich möchte Ihnen sagen, dass ich heute weitestgehend auf den Begriff „Verfassungsschutz“ verzichten werde; denn ich halte es so wie Heribert Prantl in der „Süddeutschen Zeitung“ im Januar, als er sagte: Der Name „Verfassungsschutz“ ist eigentlich ein falscher Name. Und Falschnamen gehören in das Reich der Geheimdienste.

(Beifall von der LINKEN)

Der Verfassungsschutz tut so, als sei er eine Art Verfassungsgericht. Das ist eine Anmaßung. Jährlich präsentieren die Innenminister die Berichte, die im Prinzip nur eine Zusammenfassung oder eine redigierte Fassung der Berichte dieses Behördenkonglomerates sind. Ich weigere mich, diesen Geheimdienst „Verfassungsschutz“ zu nennen; denn für mich ist er ein Inlandsgeheimdienst, und den sollte man auch so nennen.

(Beifall von der LINKEN)

Wir wissen auch – darauf haben meine Vorrednerinnen und Vorredner hingewiesen –, dass Carsten S., verhaftet in der vergangenen Woche in Düsseldorf, ein wichtiger Mittelsmann zwischen der unterstützenden Neonaziszene und der Terrorzelle war. Er soll nach Akten der Geheimdienste eine Waffe verkauft, Anwälte beauftragt und Geld überwiesen haben. Nach seinem Ausstieg reichte offensichtlich ein Umzug nach Düsseldorf, um sich der Beobachtung durch den Geheimdienst zu entziehen.

Nach Angaben von Frau Koller – Frau Koller ist die Leiterin des Landesinlandsgeheimdienstes hier – soll dem Geheimdienst der Umzug unbekannt gewesen sein – und das, obwohl – das ist auch der Anlass für diese Aktuelle Stunde – eine Düsseldorfer Antifa-Zeitung über ihn und seine rechte Vorgeschichte in Jena berichtet hatte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, Sie nehmen diesen Vorfall zum Anlass für diese Aktuelle Stunde, weil Sie meinen, der NRW-Geheimdienst hätte Carsten S. kennen müssen. Das denken wir auch. Sie mutmaßen, es habe am Austausch zwischen den Geheimdiensten gefehlt. Das ist möglich. Außerdem habe man versäumt, zivilgesellschaftliche Quellen in die Beobachtungen miteinzubeziehen. Mit Verlaub, werte Kolleginnen und Kollegen, jetzt wird es grotesk, und das aus zwei Gründen.

Erstens. Sie unterliegen einem Irrtum, wenn Sie glauben, dass der Verfassungsschutz die „TERZ“ nicht gelesen und nicht beachtet hätte. Er hat sie nur gänzlich anders gelesen, als es sich die meisten Parteien hier links von CDU und FDP vielleicht gewünscht hätten; denn es wird ihm weniger um Informationen über militante Neonazis und mehr um Informationen über antikapitalistische oder antifaschistische Gruppen gegangen sein. Gruppen wie die, die die „TERZ“ herausgeben, belegt der Verfassungsschutz regelmäßig mit dem Prädikat „verfassungsfeindlich“, auch wenn der Kapitalismus gar nicht im Grundgesetz verankert ist. Stattdessen landen in unsäglichen Publikationen des Geheimdienstes wie „Andi“ antifaschistische Initiativen mit prügelnden Neonazis in einem extremistischen Topf, und das mit Vorwort des Innenministers.

(Beifall von der LINKEN)

Was erwarten Sie eigentlich von der Zivilgesellschaft? Einen kollegialen Austausch an diesem Punkt? Das erscheint uns grotesk.

(Beifall von der LINKEN)

Ich kann Ihnen von aktiven Antifaschistinnen und Antifaschisten berichten, von Leuten, die sich in Dortmund oder Wuppertal mutig militanten Neonazis entgegengestellt, Demonstrationen gegen rechte Aufmärsche angemeldet haben und aus ebendiesem Grunde in den Dateien des NRW-Verfassungsschutzes gelandet sind. Die haben eine Selbstauskunft bestellt, darin stand das.

Ich kann Ihnen von der antifaschistischen Zeitschrift „LOTTA“ berichten, die genau die Hintergrundinformationen über die Neonazis liefert, die Sie sich vom Inlandsgeheimdienst erhofft hätten. Aber bis 2008 stand die „LOTTA“ selbst im Verfassungsschutzbericht. Dann verklagten die Autoren den Geheimdienst und gewannen.

Um eine sehr eigenwillige Form der Vernetzung mit der Zivilgesellschaft geht es schon seit Jahrzehnten bei der Bespitzelung und Beobachtung von linken Bürgerrechtlern und linken Bewegungsaktivisten.

Also noch einmal die Frage: Was erwarten Sie an diesem Punkt?

Wir glauben, dass ein Geheimdienst niemals ein Partner für demokratische Vereine und Verbände sein kann – insbesondere nicht mit dieser Vorgeschichte. Zeit seines Bestehens hat der Verfassungsschutz vor allem nach links geguckt.

Wir glauben auch, dass uns viel erspart geblieben wäre, wenn das Land statt dem Geheimdienst einer unabhängigen Beobachtungsstelle gegen Neofaschismus Gelder zur Verfügung gestellt hätte. Darüber sollten wir gemeinsam nachdenken.

Grotesk ist aber auch Ihre Vorstellung, der Vorgang um Carsten S. sei die einzige Verfehlung des NRW-Verfassungsschutzes im Umgang mit dem NSU gewesen. Vielmehr blenden Sie zahllose Details aus, um nicht grundsätzlich an das Problem der Geheimdienste heranzumüssen. Herr Biesenbach und Herr Orth haben dazu gerade schon etwas gesagt. Sie blenden aus, dass selber Ermittler des Bundeskriminalamtes es für hochwahrscheinlich halten, dass es Unterstützer im Westen gab. Man wusste in der westdeutschen Naziszene sehr wohl, wer da schoss und bombte. Auch die Tatorte seien gemeinsam ausgekundschaftet worden. Nur der Geheimdienst wusste es nicht.

Noch etwas sehr Entscheidendes blenden Sie aus. Bereits seit den 1990er-Jahren grassierten in der Naziszene Anleitungen des „Blood and Honour“-Netzwerkes, um mit massiver Gewalt gegen Migranten und Migrantinnen vorzugehen. An diesen Papieren haben sich Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe orientiert. Es handelte sich um gezielte Anschläge, ausgeführt von Kleingruppen ohne Bekennerschreiben. Selbst die Verwendung von Nagelbomben guckte sich das Trio von diesem weltweit bekannten Netzwerk ab. Diese Überschneidungen zu den Anleitungen – die wohlgemerkt älter als der NSU sind – sollen dem Geheimdienst auch in NRW nicht aufgefallen sein?

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es bedarf der Aufklärung, warum es auch von der hiesigen Behörde keine Warnung vor rechtem Terror gab. Schließlich fanden mindestens drei Anschläge mit 23 Verletzten und einem Mordopfer in Nordrhein-Westfalen statt. Seit 1990 wurden insgesamt mindestens 24 Menschen in NRW von rechten Gewalttätern ermordet. Quelle dafür ist die „Rheinische Post“; man kann also sagen: konservativ geschätzt.

Man kann hier nicht mehr von Pannen sprechen. Der Verfassungsschutz hat die Gefahr von rechts nicht sehen wollen. Die ungeheuren Umstände der jüngsten rechtsterroristischen Taten müssen Anlass sein, die Arbeit, die Methoden und das Personal der Geheimdienste öffentlich zu untersuchen. Es reicht nicht, verehrte Kolleginnen und Kollegen, wie Sie es hier schreiben, die Zusammenarbeit zwischen den Ämtern neu zu justieren, also an ein paar Stellschräubchen zu drehen; denn es ist ein unerträglicher Zustand, dass deutsche Behörden hinsichtlich dieser Gewaltakte gegen Migrantinnen ahnungslos, möglicherweise vorsätzlich untätig oder möglicherweise – wie in Hessen – gar selbst aktiv gewesen sind.

In diesem Sinne verharmlosen Sie so dieses Problem, vor dem wir bei der Aufarbeitung des Umgangs staatlicher Stellen mit den NSU-Anschlägen stehen. Wir fordern hier zuallererst die öffentliche Aufklärung dieser Verstrickungen und dieser Verfehlungen. – Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Conrads. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Jäger.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herzlichen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zuallererst möchte ich auf Herrn Orth eingehen. Sie haben thematisiert, warum die Festnahme vor zehn Tagen in Düsseldorf durch die GSG 9 und nicht durch die SEK durchgeführt wurde. Das erklärt sich selbstverständlich daraus, dass es sich um ein Verfahren des Generalbundesanwalts, also einer Bundesermittlungsbehörde, handelt und daher auch Bundeskräfte zum Einsatz gekommen sind. Aber ich kann Ihnen versichern, dass insbesondere auch ortskundige Beamte des Polizeipräsidiums Düsseldorf an dieser Verhaftung beteiligt waren. Es ist also das Gegenteil von Misstrauen, sondern wie immer eine enge Kooperation zwischen Landesbehörden und Bundesbehörden.

Ich will überhaupt nicht oberlehrerhaft klingen, Herr Orth, weil es mir selbst schon passiert ist: Die SEK

in Nordrhein-Westfalen ist kein Sondereinsatzkommando – dieser Begriff ist aus einer Zeit, in der solche Begriffe für die Polizei benutzt wurden –, sondern hinter der Abkürzung SEK verbergen sich Spezialeinsatzkräfte.

Ich will diese Aktuelle Stunde gerne dazu nutzen, ausdrücklich aufzugreifen, dass die Antragsteller formuliert haben, dass wir eine Neujustierung des Verfassungsschutzes benötigen – gerade vor dem Hintergrund des Vertrauens- und Glaubwürdigkeitsverlustes in weiten Teilen der Bevölkerung nach dem Aufdecken der Zwickauer Zelle.

Ich will in dieser Debatte aber auch dafür werben – und das aus tiefer Überzeugung –, dass wir in Deutschland nie wieder in eine Argumentation verfallen sollten, Frau Conrads, in der wir Polizei und Nachrichtendienste gleichsetzen. Ich habe schon mal hier im Plenum versucht Ihnen das darzulegen.

Ich glaube, dass wir in Deutschland zu Recht aus unserer Geschichte gelernt haben. Die Geschichte lautet, dass die Geheimpolizei des Kaiserreichs, die Gestapo der Nazis, aber auch die Staatssicherheit der DDR immer Instrumente antidemokratischer Willkür gewesen sind. Aufgrund dieser historischen Erkenntnisse war es der richtige Schritt, die Trennung zwischen Ermittlung und Aufklärung 1949 in die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland aufzunehmen. Wir sollten nicht dem falschen Glauben anhängen, dass es hier in Deutschland eine Vermischung zwischen Polizei und Verfassungsschutz geben sollte.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Dieses Kapitel der Geschichte sollten wir hinter uns gelassen haben.

Wir haben uns damit bereits im Innenausschuss auseinandergesetzt, Frau Conrads. Ich bin gerne bereit, unterschiedliche Auffassungen zu akzeptieren und mich mit Ihnen auseinanderzusetzen. Aber ich sage Ihnen ganz offen: Einzig und allein die eigene Betroffenheit für Ihre Forderung der Abschaffung des Verfassungsschutzes,

(Anna Conrads [LINKE]: Falsch, verstrickt mit der Naziszene!)

nämlich weil Sie in Ihrer Partei selbst extremistische Einschlüsse haben, die der Verfassungsschutz nach dem Gesetz zu beobachten hat, ist kein Anlass für eine wirklich fundierte Diskussion über die Sicherheitsbehörden in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD, von der CDU und von der FDP)

Wenn man, Frau Conrads, in seinen eigenen Reihen die Hausaufgaben nicht macht, dann sollte man die Prinzipien einer wehrhaften Demokratie nicht infrage stellen. Das tun Sie aber.

Die Beobachtung des Verfassungsschutzes in Nordrhein-Westfalen hat übrigens, wie ich finde, auch eine pikante Historie. Herr Orth, in den 50er-Jahren ist Ihre Partei hier in Nordrhein-Westfalen vom Verfassungsschutz beobachtet worden, damals wegen möglicher Einschlüsse von Nationalsozialisten.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Wieso „möglicher“?)

Da hat der Verfassungsschutz, da hat die britische Militärregierung reagiert. Ich fordere die Linke heute auf, ohne England selbst zu reagieren und ihre Hausaufgaben in ihren Reihen zu machen.

Wir haben historisch betrachtet statt der sehr wertneutralen Weimarer Verfassung eine wertgebundene Verfassung der Bundesrepublik Deutschland. Wir wollen keine Freiheit mehr zulassen zur Abschaffung der Freiheit in diesem Lande, keinem die Freiheit gewähren, Demokratie mit legalen Mitteln abschaffen zu dürfen.

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Die Freiheit wird durch den Verfassungsschutz bedroht und durch die Nazis!)

Das ist eine Erkenntnis der Historie in Deutschland. Deshalb ist es gut so, wie wir vorgehen.

Ich darf zitieren, was Joseph Göbbels 1928 als Nazipropagandachef gesagt hat:

> „Wir gehen in den Reichstag hinein, um uns im Waffenarsenal der Demokratie mit deren eigenen Waffen zu versorgen. … Wenn die Demokratie so dumm ist, uns für diesen Bärendienst Freikarten und Diäten zu geben, so ist das ihre Sache.“

Diese Situation sollte nie wieder eintreten: dass wir in Deutschland eine Demokratie haben, die gegenüber denen, die diese Demokratie abschaffen wollen, nicht wehrhaft ist. Deshalb brauchen wir einen rechtsstaatlichen Verfassungsschutz, der uns vor diesen Demokratiefeinden schützt.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich bitte, in dieser Debatte auch zu berücksichtigen, dass wir in Nordrhein-Westfalen einen Verfassungsschutz haben – nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern auch in 15 anderen Bundesländern –, dass wir Sicherheitsbehörden des Bundes haben, die erfolgreich verhindert haben, dass seit dem 11. September 2001 islamistische Anschläge in Deutschland funktioniert haben.

Wir hatten neun kritische Situationen. In einer Situation haben wir alle miteinander schlichtweg Glück gehabt, weil in der Kofferbombe im Regionalexpress in Köln die Zünder nicht funktioniert haben. Acht Anschläge von islamistischen Terroristen konnten in diesem Land ausschließlich durch nachrichtendienstliche Erkenntnisse verhindert werden.

Wer diese nachrichtendienstlichen Instrumente der Demokratie abschaffen will, der muss zugleich den

Menschen draußen sagen, dass wir nicht mehr bereit sind, sie vor solchen Anschlägen zu schützen. Denn das wäre die Konsequenz. Und die finde ich, offen gestanden, unerträglich, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von der CDU)

Nicht nur um Glaubwürdigkeit und Vertrauen in der Bevölkerung gegenüber Sicherheitsbehörden zurückzugewinnen, sondern auch weil die Welt sich verändert hat, trete ich sehr dafür ein, das Verfassungsschutzgesetz in Nordrhein-Westfalen weiterzuentwickeln und zu modernisieren. Denn es geht nicht mehr darum, nachrichtendienstlich auf dem letzten Stand der Technik zu sein, sondern darum, ausreichend innovativ und wach genug zu sein, um gesellschaftliche Veränderungen und gesellschaftliche Risiken wahrzunehmen. Das muss die zentrale Aufgabe des Verfassungsschutzes in Nordrhein-Westfalen sein.

Die Aufdeckung dieser NSU-Zelle – ich persönlich hätte nie geglaubt, dass eine solche Zelle mordend über so viele Jahre in Deutschland tatsächlich unentdeckt bleiben kann –

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Und die Erde ist eine Scheibe!)

hat etwas bewirkt. Sie wissen, dass wir hierzu einen Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages haben. Sie wissen seit gestern, dass das Bundeskabinett und die Innenministerkonferenz gemeinsam beschlossen haben, eine Bund-Länder-Kommission einzurichten, die genau diese Schnittstelle zwischen den Behörden untersuchen und neu definieren soll. Sie wissen, dass wir beabsichtigen – begleitet durch eine Arbeitsgruppe der Innenministerkonferenz –, ein erneutes NPD-Verbotsverfahren auf den Weg zu bringen.

Wir sind dabei, miteinander zu kooperieren, wie es um die V-Leute in der NPD steht. Ich habe hier am 22. Dezember des letzten Jahres ein 8-Punkte-Programm zur Bekämpfung des Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen vorgelegt. Wir lassen durch einen Dritten, durch einen Beauftragten, den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen hinsichtlich seiner Art und seiner Rechtsstaatlichkeit begutachten und testieren.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Minister, Ihre Redezeit.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Ich komme gleich zum Ende, Herr Präsident. – Ich bitte, zu beachten, dass wir in Deutschland auch wegen des Aufdeckens der Zwickauer Zelle in Bewegung geraten sind und schauen sollten, was wir verändern können, Herr Biesenbach. Nichts ist so gut, dass man nicht überprüfen sollte, ob man es nicht noch besser machen könnte.

Mein Ziel ist es, dem Parlament noch in diesem Jahr eine Novellierung des Verfassungsschutzgesetzes vorzulegen, die genau diesen Ereignissen Rechnung trägt. Wir sollten es nicht mehr als Staatsgeheimnis betrachten, wo Verfassungsschutz seinen Schwerpunkt hat, sondern das der Breite des Parlamentes mitteilen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich glaube, dass wir eine bessere Kontrolle und zusätzliche Kontrollmöglichkeiten durch das Parlament haben sollten, nicht weil etwas verborgen wird, sondern – im Gegenteil – weil es offen dargelegt werden kann, um dieses Stück Vertrauen zurückzugewinnen.

Wir müssen meiner Meinung nach auch deutlich machen, dass sich der Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen immer auf der Grundlage der Rechtsstaatlichkeit bewegt und bewegen wird und dass er damit auch erfolgreich für die Demokratie arbeiten kann. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Kuschke.

Wolfram Kuschke (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die antragstellenden Fraktionen, Herr Kollege Biesenbach, haben in der Überschrift dieser Aktuellen Stunde nicht nur das Thema „Verfassungsschutz“ genannt, sondern auch die Bedeutung der Zivilgesellschaft vor einem veränderten Hintergrund. Das nur als Hinweis zur Einordnung. Hier ist kein Thema verfehlt worden. Ich wusste gar nicht, in welcher Situation Sie sich befinden. Das klang fast wie eine Bewerbungsrede für die Stelle des Leiters eines Verfassungsschutzamtes.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Nach meinem Kenntnisstand ist da im Augenblick aber nichts frei.

Lassen Sie mich zu Beginn nur einen Punkt zum Verfassungsschutz sagen. Ich finde, es wäre den Schweiß der Edlen wert, wenn dieses Hohe Haus dazu eine eindeutige Meinung hätte. Das sage ich vor dem Hintergrund, dass ich lange Jahre Mitglied dieses Hohen Hauses war und bin und auch Mitglied der Landesregierung war. Die Frage, ob es uns gelingt – nur diesen Punkt will ich hervorheben –, den Verfassungsschutz – das gilt auch für die anderen Bundesländer und den Bund – so neu zu justieren, dass solche eindeutigen Pannen, wie sie aufgetreten sind, nicht mehr auftreten, ist auch ein Lackmustest für die Zukunftsfähigkeit des Föderalismus – um das ganz klar und eindeutig zu sagen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das, was Herr Kollege Körfges und Frau Kollegin Schäffer angesprochen haben, was den Verfassungsschutz direkt anbelangt, ist nur ein Teil des Problems. Ich will darauf hinweisen, was sich mittlerweile verändert hat.

Wenn wir über den Verfassungsschutz reden, dann reden wir auch über andere Maßnahmen, beispielsweise über Reaktionen. Wir gehen Dingen nach. Es müssen Dinge erst passieren. Wir sind nicht in einer Situation, in der wir präventiv, in der wir vorbeugend tätig sind, in der wir auch nach den Ursachen fragen.

Warum werden diese Bereiche der Zivilgesellschaft bei der Auseinandersetzung noch wichtiger? Wir haben in der Vergangenheit, wenn solche schrecklichen Vorfälle wie die mit dem NSU passierten, gesagt: Da muss jetzt aber die Zivilgesellschaft aufstehen! – Das ist auch nach wie vor richtig. Nur, die Situation ist insofern verändert, als wir leider Gottes den begründeten Verdacht haben, dass auch diejenigen, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen, in dieser Zivilgesellschaft sind, meine Damen und Herren!

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Wir haben leider Gottes Hinweise – in Dortmund – auf subkulturelle Zusammenhänge zwischen Rechtsextremisten, Faschisten und anderen Szenen. Wir haben Hinweise darauf – so stellte es Gregor Mayntz vor Kurzem in einem Bericht dar –, dass hier so etwas wie ein Marsch durch die Institutionen geplant ist. Insofern haben wir es mit einer veränderten Strategie zu tun.

Daher bedarf es eines anderen Verfassungsschutzes, eines Verfassungsschutzes, der Sensibilität, der Aufmerksamkeit mit sich bringt. Wir brauchen einen Verfassungsschutz, den dieses Parlament nach meinem Aufgabenverständnis in einer ganz anderen Art und Weise kontrolliert, als das bislang der Fall ist.

Und um auch das deutlich zu sagen: Die jetzige Konstruktion des Parlamentarischen Kontrollgremiums ist keine ausreichende für die Frage, wie wir uns in Zukunft damit auseinandersetzen müssen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Ich glaube, dass wir vier Punkte für die zukünftige Auseinandersetzung insbesondere mit der Zivilgesellschaft festhalten müssen:

Erstens die grundlegenden Voraussetzungen im Bereich von Lernen, Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe auf allen Feldern. Das ist das wichtigste Präventionsglied, um solche Dinge zu vermeiden.

Zweitens. Null Toleranz! Dinge, wie sie in Köln mit „pro Köln“ passieren und passiert sind, dürfen nicht mehr an der Tagesordnung sein! Es muss die Aufgabe der demokratischen Parteien sein, deutlich zu machen: Wir gehen dort keine Kompromisse ein! Es gibt dort keine Kompromisse!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Der dritte Punkt ist bereits erwähnt worden – auch ich habe ihn schon angesprochen –: die Notwendigkeit und die Herausforderung, kontinuierlich, nachhaltig tätig zu sein.

Den vierten Punkt erachte ich heute als den wichtigsten, Kollege Biesenbach, und darum geht es mir. Ich glaube, dass dieses Hohe Haus, dieses Landesparlament, die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus als seine originäre Aufgabe begreifen muss. Das überlassen wir nicht der Landeszentrale für politische Bildung, das überlassen wir nicht dem Verfassungsschutz oder den Polizeibehörden.

Nein, meine Damen und Herren! Die Rechten haben uns den Kampf angesagt! Wir nehmen diese Herausforderung an! Das Parlament von Nordrhein-Westfalen sagt nicht nur Wort und Widerwort, sondern in seiner historischen Verantwortung auch: Nie wieder Krieg und nie wieder Faschismus!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Der Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland und zugleich Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland, Herr Nikolaus Schneider hat gesagt – ich darf mit Erlaubnis des Präsidenten zitieren –:

> „Ein biblisch-theologisch gegründeter Glaube ruft Christinnen und Christen und unsere Kirche in den Widerspruch und Widerstand gegen die menschenfeindliche Ideologie des neuen Rechtsextremismus …“

Meine Damen und Herren, vor Kurzem hat die „Süddeutsche Zeitung“ dargestellt, welchen Antrag das NPD-Präsidium an den letzten NPD-Bundesparteitag gestellt hat. Ich darf auch hier zitieren:

> „Die NPD hat sich für den parlamentarischen Weg entschieden, einerlei wie aussichtsreich, aussichtslos oder widerwärtig er auch sein mag.“

So lautete die Formulierung eines Antrags des NPD-Präsidiums auf dem letzten NPD-Bundesparteitag!

Meine Damen und Herren, das ist die Herausforderung für uns, für dieses Parlament, für den Präsidenten, für das Präsidium, den Ältestenrat. Dem müssen wir gerecht werden in den Auseinandersetzungen hier, aber auch dadurch, dass wir uns vor Ort auseinandersetzen und unseren Worten auch Taten folgen lassen. Deshalb ist diese Auseinandersetzung an dieser Stelle heute und auch zukünftig richtig. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Kuschke. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht der Kollege Bolte.

Matthi Bolte (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Biesenbach, Sie sagten, es gebe keinen Grund für diese Aktuelle Stunde. Ich sage Ihnen: Es gibt drei sehr gute Gründe, heute diese Aktuelle Stunde abzuhalten.

In der vergangenen Woche wurden zwei Fälle bekannt, bei denen es in der Vergangenheit erkennbar Probleme beim nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz gab. Und am Tag darauf wurde ein mutmaßlicher Unterstützer des NSU hier in Düsseldorf festgenommen. Über diese Punkte wurden sowohl das Parlamentarische Kontrollgremium als auch der Innenausschuss unterrichtet.

Darüber hinaus hat der Innenminister angekündigt, einen Beauftragten einzusetzen, um Vorschläge zu entwickeln, wie der Verfassungsschutz hinsichtlich Transparenz und parlamentarischer Kontrolle neu aufgestellt werden soll. Das ist – das habe ich in den Debatten seit November 2011 immer wieder betont – ein dringend notwendiger Schritt. Ich fand es – ganz ehrlich – enttäuschend, Herr Biesenbach, dass Sie diesen notwendigen Schritt lediglich kommentiert haben mit der Bemerkung, ob Rot-Grün jetzt den Verfassungsschutz abschaffen wolle. – Herr Biesenbach, ich habe den Eindruck, dass Sie gar nicht wissen, warum wir hier heute diskutieren.

Wir reden darüber, dass eine Gruppe von rechten Terroristen durchs Land gezogen ist, gemordet hat, Anschläge begangen hat, Banküberfälle verübt hat. Wir reden darüber, dass diese rechte Terrorgruppe ein weit verzweigtes Unterstützernetzwerk hatte, dass dieses Trio viel zu lange nicht als terroristische Gruppe erkannt wurde und dass man stattdessen den wirklich menschenverachtenden Begriff der „Döner-Morde“ erfunden hat.

Und jetzt kommen Sie, Herr Biesenbach, und erzählen uns: Beim Verfassungsschutz, war doch alles im Lot, bei den Sicherheitsbehörden war doch alles im Lot. – Aber das ist es eben nicht.

Wir als regierungstragende Fraktionen haben diese Probleme erkannt. Und weil wir diese Probleme erkannt haben, haben wir diese Aktuelle Stunde angemeldet. Der Innenminister hat das, weil diese Probleme erkannt wurden, in der letzten Woche transparent gemacht und einen Beauftragten eingesetzt.

Wir haben all diese Maßnahmen veranlasst, weil wir als Rot-Grün uns mit der rot-grünen Landesregierung der Verantwortung stellen, die aus diesen schrecklichen, diesen menschenverachtenden und diesen viel zu lange unentdeckten Taten erwächst, und weil wir dafür sorgen müssen, dass das Parlament die Kraft und die Möglichkeit hat, den Verfassungsschutz genau so zu kontrollieren, dass es nicht zu Fällen kommt, wie sie in der letzten Woche öffentlich gemacht wurden.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Diese beiden Fälle müssen jetzt konkret aufgearbeitet werden. Wir haben gesehen, dass ein V-Mann in der Szene aufsteigt. Und wenn ein V-Mann in der Szene aufsteigt, dann muss er ab einer bestimmten Höhe abgeschaltet werden. Das ist der Grundsatz der Staatsferne. Ich habe schon letzten Donnerstag im Innenausschuss versucht, Ihnen das zu erklären. Sie wissen vielleicht, dass das erste NPD-Verbotsverfahren genau an dieser fehlenden Staatsferne gescheitert ist.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Es ist also notwendig, diesen Grundsatz beizubehalten und nicht darüber zu jammern, dass wir Informationen eben nicht aus den Führungsgremien bekommen. Solche V-Leute können nicht in einer entsprechenden Höhe in der Hierarchie geduldet werden.

Wer aussteigen will, der muss in ein Aussteigerprogramm. Wer nicht aussteigen will, der muss nicht in ein Aussteigerprogramm. Diejenigen, die Informationen beschaffen, müssen das nach klaren Regeln tun. – Auch da haben wir eine Baustelle vor uns, weil wir auch da sehen: Es sind zwar sinnvolle Veränderungen bei den Aussteigerprogrammen geplant, aber wir müssen jederzeit die klare Trennung zwischen Aussteigerprogramm und Informationsgewinnung einhalten. Wir müssen jetzt also auch debattieren, wie es da weitergeht.

Schließlich der Fall Carsten S. Auch der muss aufgearbeitet werden. Dazu haben wir hier schon vieles gehört. Eines ist völlig klar: Wer aus der rechten Szene aussteigt, der hat einen Anspruch darauf, danach ein neues Leben beginnen zu können. Aber wir brauchen auch eine Kontrolle darüber, dass dieser Ausstieg tatsächlich passiert. Und wir brauchen schlagkräftige Behörden, die darüber wachen.

All diese Erkenntnisse, finde ich, sind ein guter Grund, darüber nachzudenken, wie wir Transparenz erhöhen, wie wir parlamentarische Kontrolle verbessern und wie wir das Verfassungsschutzgesetz modernisieren und neu aufstellen.

Wir müssen anhand dieser Fälle durchdeklinieren: Was heißt Transparenz? Wie schaffen wir parlamentarische Kontrolle? Wie sorgen wir dafür, dass das Parlamentarische Kontrollgremium den hohen Legitimationsanforderungen der Abgeordneten, die darin sitzen, gerecht wird? Wie schaffen wir es, mehr Öffentlichkeit herbeizuführen? Wie schaffen wir es, das Gremium schlagkräftiger zu machen?

Wie schaffen wir es, die Abgeordneten besser zu unterstützen, die im PKG vertreten sind?

Ich wünsche mir wirklich inständig, dass wir in diesen Prozess mit allen Fraktionen einsteigen, diesen Prozess gemeinsam gestalten, und zwar ohne ideologische oder parteitaktische Scheuklappen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Bolte. – Für die Fraktion Die Linke spricht Frau Conrads.

Anna Conrads (LINKE): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Sehr geehrter Herr Innenminister, ich empfinde es schon als eine Form der Unverschämtheit, mir mehrfach vorzuwerfen, dass ich eine Vermischung von Polizei- und Geheimdiensten vornähme oder diese sogar wünschte oder den Unterschied nicht kennen würde.

Im Gegenteil: Die Linke ist die Fraktion, die sich immer dann wehrt, wenn Pläne wie im Moment bei Friedrich drohen. Es geht um die unzulässige Vermischung von Polizei und Geheimdiensten.

(Beifall von der LINKEN)

Auch ich will keine politische Polizei. Im Gegenteil! Das haben Sie mir jetzt aber mehrfach vorgehalten, auch im Innenausschuss. Ich weise das jetzt ein letztes Mal zurück und möchte diesen Vorwurf nicht mehr von Ihnen hören.

(Beifall von der LINKEN)

Zweitens ist es ebenso unzulässig, uns – aus eigenem Interesse – die Kritik am Verfassungsschutz vorzuhalten. Natürlich finden wir manches falsch. Das ist aber nicht der Hauptgrund. Der Hauptgrund ist die unerträgliche Verstrickung dieses Inlandsgeheimdienstes in die Terrorserie der NSU.

(Beifall von der LINKEN)

Das ist der Grund, warum wir das seit Wochen immer wieder sehr akribisch diskutieren. Das nimmt einen viel größeren Raum ein als die auch berechtigte Kritik am Blick des Verfassungsschutzes – bzw. des Geheimdienstes – nach links.

Ich möchte gerne – mit Erlaubnis des Präsidenten – Sie, Herr Jäger, aus dem Protokoll der Plenarsitzung am 17. November 2011 zitieren:

> „Öffentlich werden Fragen zu möglichen Verbindungen der Verfassungsschutzbehörden zu den Terroristen gestellt. Hierauf muss es klare Antworten geben. Hier muss eine größtmögliche Transparenz und Offenheit entwickelt werden.“

Weiter heißt es:

> „Es darf keine Symbiosen zwischen Behörden und Terroristen geben, die Terror eher ermöglichen, als ihn zu bekämpfen.“

Diese Aussagen teilen wir total.

Dann war eben die Rede von Glaubwürdigkeit und Vertrauen in den Inlandsgeheimdienst. – Wenn Sie nicht endlich eine öffentliche Aufklärung der möglichen Verstrickungen und Verfehlungen beginnen, können Sie dieses Vertrauen und die Glaubwürdigkeit auch nicht wiedererlangen.

(Beifall von der LINKEN)

Was ist denn seit dem 17. November geschehen? – Kurz vor Weihnachten haben Sie einen 8-Punkte-Plan vorgestellt, der einen erhöhten Kontroll- und Ermittlungsdruck auf die Neofaschisten im Land und einen neuen Umgang mit der Kriminalstatistik und den Straftaten ausweisen soll. Wir haben dazu gesagt, dass Sie damit in großen Teilen vernünftige Instrumente präsentieren und langjährige Forderungen unserer Fraktion umsetzen.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Carina Gödecke)

Herr Minister, zur Aufarbeitung der Rolle des Verfassungsschutzes war in dem 8-Punkte-Plan aber noch nichts enthalten.

Vor einer Woche haben Sie nun einen Beauftragten vorgestellt, der die Arbeit des Verfassungsschutzes untersuchen soll. Er wurde schon mehrfach erwähnt. Auf Nachfrage im Innenausschuss wurde allerdings klar: Auch dieser soll wieder nur dem geheimen Parlamentarischen Kontrollgremium berichten, dessen Mitglieder zum Stillschweigen verpflichtet sind. Herr Minister, eine öffentliche Aufklärung sieht ganz anders aus.

(Beifall von der LINKEN)

Ende November setzten die Innenminister der Länder, unter ihnen Herr Jäger für Nordrhein-Westfalen, ihren Landeskriminalämtern einen Maulkorb auf und verweigerten ihnen die Aussage vor dem Innenausschuss des Deutschen Bundestages, der sich mit den Ermittlungen zur NSU befasste. Übrigens geschah das genau in dem Moment, in dem aus dem LKA Thüringen bekannt wurde, dass es Hinweise auf eine Tätigkeit von Beate Zschäpe als V-Frau für den thüringischen VS gibt. Bis heute konnte dem nicht abschließend nachgegangen werden.

Verehrter Herr Jäger, verehrte Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, die Frage des Umgangs mit Geheimdiensten in unserem Land, die trotz wiederkehrender rechtsterroristischer Akte ihren Schwerpunkt in der Beobachtung linker Gesellschaftskritiker sehen, ist entscheidend für die innere Sicherheit in unserer Gesellschaft. Noch immer steht der schreckliche Verdacht im Raum, dass staatliche Stellen die Taten militanter Neonazis unterschätzt, verschleiert und begünstigt haben.

Ich freue mich jedoch sehr darüber, dass von SPD und Grünen in den heutigen Redebeiträgen ein deutliches Signal ausgegangen ist, auch die zivile und die staatliche Arbeit gegen Rechts zu stärken. Wir werden Sie daran erinnern. Bald gibt es auch das Landesprogramm gegen Rechts.

Dennoch muss für uns mit mindestens dem gleichen Gewicht die Aufklärung der möglichen Verstrickungen der staatlichen Behörden stehen.

(Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

In diesem Sinne erwarte ich von Ihnen eine Auskunft darüber, wie sich Nordrhein-Westfalen gegenüber den Ermittlungsausschüssen des Bundes verhalten wird, Herr Minister Jäger. Wird dem LKA wie dem Landesverfassungsschutz künftig das uneingeschränkte Recht zur Auskunft erteilt? Folgen Sie dem Wunsch Ihres Parteifreundes und Parlamentarischen Geschäftsführers der SPD-Bundestagsfraktion, Thomas Oppermann, nach umfassenden Ermittlungsrechten der Bund-Länder-Gruppe? Wie stellen Sie sich die angekündigte transparente Aufklärung der Rolle des Verfassungsschutzes in Nordrhein-Westfalen vor? Doch mit Sicherheit nicht nur durch einen Experten, der einem Geheimgremium berichtet. – Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Conrads. – Für die Landesregierung hat Herr Minister Jäger das Wort.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. Ich wollte eigentlich gar nicht mehr in die zweite Runde gehen. Frau Conrads, ich muss aber sagen: Bei aller gelegentlichen Übereinstimmung zu dem einen oder anderen Thema werden wir hier nicht mehr zusammenkommen.

Ich glaube, offen gestanden, in einem Redebeitrag noch nie so oft den Konjunktiv gehört zu haben: hätte, wenn, doch, aber. – Sie haben im Konjunktiv geäußerte Vorwürfe als Beleg dafür genommen, dass der Verfassungsschutz – ich zitiere – „eine unsägliche Verstrickung zur Unterstützung der NSU“ hätte. – Frau Conrads, das weise ich für den nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz mit allem Nachdruck zurück.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und von der FDP)

Jetzt benutze ich einmal Ihren Terminus: Das ist eine Unverschämtheit!

Worum es mir in dieser Auseinandersetzung geht, ist Folgendes: Ich werbe dafür, dem falschen Glauben und dem falschem Bild, die in der Öffentlichkeit zum Teil über die Tätigkeit des Verfassungsschutzes existieren, mit größtmöglicher Offenheit entgegenzutreten, um Vertrauen und Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen. Ich bin der festen Überzeugung, dass diese Demokratie seit 1949 deshalb so gefestigt ist, weil sie wehrhaft ist und weil sie denen, die diese Demokratie abschaffen wollen, auf die Finger schaut und darüber öffentlich berichtet.

Der Unterschied zwischen dem, was sie immer als Geheimdienst bezeichnen, und einem Nachrichtendienst ist gravierend, Frau Conrads. Das wollen Sie nicht zur Kenntnis nehmen.

Nach dem in unserer Verfassung niedergelegten Auftrag hat der Verfassungsschutz ausschließlich die Aufgabe, grundsätzlich Bestrebungen in diesem Land zu beobachten und aufzuklären und eben nicht so Einfluss auf sie zu nehmen, dass sie sich verändern.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Tut er das auch?)

Das ist der klare Auftrag des Verfassungsschutzes. Es ist in unserem Verfassungsschutzgesetz nachzulesen. Ich trete übrigens dafür ein, es noch präziser zu formulieren.

Ständig zu behaupten, dass er nicht entsprechend handelte, aber keinerlei Belege dafür zu bringen, ist zutiefst undemokratisch, Kolleginnen und Kollegen von der Linken.

(Zuruf von der LINKEN)

So kann man mit der Diskussion über eine wehrhafte Demokratie schlichtweg nicht umgehen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das kann man in vielen Zeitungen genau so nachlesen, zum Beispiel in der seriösen „Süddeutschen“, in der „Frankfurter Allgemeinen“ usw.! Das sind wir nicht alleine!)

– Zitieren Sie von mir aus weiterhin Zeitungen. Wenn das Ihr Wissensschatz ist, über den Sie sich definieren, ist das Ihr Problem und nicht meines. Es ist nicht Aufgabe einer Landesregierung oder eines Parlamentes, jedem Artikel in einer Zeitung in irgendeiner Weise entgegenzutreten.

(Beifall von der SPD)

Ich versuche, auf Folgendes hinzuwirken: Wir haben eine besorgniserregende Veränderung im Bereich Rechts. Was früher nur ein regionales Phänomen ohne Austausch und Vernetzung untereinander war, ist zunehmend eine Bewegung, die in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist.

Demokraten – ob in Dortmund, in Wuppertal oder gegen „pro NRW“ in Köln – reagieren reflexhaft, wenn diese Rechtsradikalen auf die Straße gehen. Das ist auch gut so. Aber die Rechten haben längst eine andere, sehr viel intelligentere Strategie entwickelt, nämlich die Strategie der Wortergreifung, die Strategie, sich in anderen gesellschaftlichen Organisationen breitzumachen und zu versuchen, sie zu unterwandern.

Wir müssen als Demokraten darauf achten, dass dies nicht krakenartig geschieht, und müssen eine Strategie entwickeln, wie wir dem entgegenwirken.

Wie deren Strategie aussieht und wo sie sich breitmachen, werden Sie übrigens auch nicht in der „Frankfurter Rundschau“ lesen. Das wissen Sie nur, wenn Sie wissen, was diese Personen hinter verschlossenen Türen miteinander besprechen und beraten. Gerade deshalb brauchen wir Quellen in den Organisationen, die uns diese Auskünfte erteilen. Es gibt kein besseres als das von Ihnen gerade vorgebrachte Beispiel dafür, dass wir V-Leute in den Organisationen haben müssen, die die Demokraten darüber informieren, was Antidemokraten in diesem Land planen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Da sind Sie sicher, dass sie das tun?)

Darüber sollten wir uns im Rahmen der Modernisierung des Verfassungsschutzgesetzes in Nordrhein-Westfalen intensiver, aber fachgerechter und sachlicher unterhalten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Jäger. – Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Zimkeit das Wort.

Stefan Zimkeit (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin eigentlich davon ausgegangen, dass sich die Fraktionen von FDP und CDU doch noch an dieser Debatte beteiligen, weil hier deutlich geworden ist, dass es sich durchaus um eine wichtige Debatte handelt.

Für mich ist klar geworden, dass wir zwei Dinge vermeiden müssen, wenn wir dem vom Kollegen Kuschke formulierten Anspruch gerecht werden wollen, dass dieses Parlament im Kampf gegen Rechtsextremismus eine Vorreiterrolle spielen soll.

Zum einen müssen wir vermeiden, Dinge zu verharmlosen und so zu tun, als wenn alles, auch im Hinblick auf den Verfassungsschutz, in Ordnung wäre.

(Beifall von der SPD)

Ich glaube, die vorgetragenen Ereignisse haben sehr deutlich gemacht: Es ist nicht alles in Ordnung, es gibt Handlungsbedarfe, es gibt Überprüfungsbedarfe, und es gibt auch den Bedarf nach mehr Transparenz. Dem sollten wir uns gemeinsam stellen.

Genauso wenig sollten wir aber mit Mutmaßungen und Behauptungen dazu beitragen, die falschen Eindrücke zu erwecken. Der Minister hat es gesagt, und ich will es aus unserer Sicht noch einmal unterstreichen:

Sie haben zahlreiche Behauptungen aufgestellt, was die mögliche Verquickung von Neonazis und Verfassungsschutzorganen angeht. – In Nordrhein-Westfalen gibt es dafür keine Belege. Wenn Sie diese haben, legen Sie sie auf den Tisch. Wenn Sie sie nicht haben, wiederholen Sie nicht diese Behauptungen.

(Beifall von der SPD)

Die Linke macht wirklich einen zentralen Fehler, wenn sie davon Abstand nimmt – das ist auch eine der Lehren, die wir ziehen müssen –, zu fordern: Wir müssen es irgendwie organisieren, dass die Informationen und das Wissen der Zivilgesellschaft über rechtsextreme Strukturen auch den zuständigen Behörden zur Verfügung gestellt, von ihnen aufgenommen und in ihre Arbeit einbezogen werden. Wir, die wir vor Ort in diesen Bereichen tätig sind, wissen alle, dass es dort zahlreiche Informationen über Rechtsextremismus gibt. Das muss selbstverständlich in die Arbeit der Behörden einfließen. Wir wissen auch, dass es auch lokal an vielen Orten vernünftig funktioniert. Wir müssen das auch auf Landesebene verbessern.

Wenn wir dem Anspruch, diesem Thema gemeinsam zu begegnen – das haben zumindest alle erklärt –, gerecht werden wollen, sind zwei Dinge zu beachten.

Das eine ist: Wir müssen etwas selbstkritischer an die Sache herangehen. Es ist betont worden – ich will das auch für mich persönlich unterstreichen –: Wir dürfen nicht immer nur auf Vorkommnisse reagieren, sondern wir müssen gemeinsam Strukturen aufbauen und an der Bekämpfung des Rechtsextremismus auch auf parlamentarischer Ebene kontinuierlich arbeiten.

Wir müssen – das ist der zweite Punkt – dies als Querschnittsaufgabe durch alle politischen Bereiche verstehen, weil Rechtsextremismus im Kern selbstverständlich nur durch Prävention bekämpft werden kann.

(Beifall von der SPD)

Ein Kern der Prävention ist die Demokratie auf allen Ebenen und die Beteiligung auf allen Ebenen. Der norwegische Ministerpräsident hat es nach den schrecklichen Anschlägen auf den Punkt gebracht – das sollte unser aller Marschrichtung sein –: Die Antwort auf diese Menschen ist mehr Demokratie und nicht weniger Demokratie.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Aus meiner Sicht brauchen wir den Dreiklang aus breiter Information, aus Repression und Prävention. Dies umzusetzen, sollte unsere gemeinsame Aufgabe als Demokraten auch in diesem Parlament sein.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Zimkeit. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Biesenbach das Wort. Auch wenn ich gesichert davon ausgehen darf, Herr Kollege, dass Sie die Geschäftsordnung kennen, möchte ich daran erinnern: Sie sind in der dritten Runde und haben fünf Minuten Redezeit.

Peter Biesenbach (CDU): Frau Präsidentin, Sie bieten mir gerade die Vorlage, darauf zu reagieren mit den Worten: Selbst fünf Minuten sind in der zweiten oder dritten Runde zu viel. Warum?

(Zuruf von Wolfram Kuschke [SPD])

– Herr Kuschke, fangen wir mit Ihnen an! Sie sagen ganz simpel, wir hätten ein Thema.

(Wolfram Kuschke [SPD]: Wo ist ein Herr Klose in Ihrer Fraktion, der dem widerspricht?)

Von Ihrer „Zivilgesellschaft“ steht nichts, aber auch nichts im Thema der heutigen Aktuellen Stunde. Haben Sie Ihren Text gelesen? Dort steht nur, dass man den Verfassungsschutz modernisieren will.

(Wolfram Kuschke [SPD]: Ich wünschte mir einen Dr. Klose, der jetzt für Sie reden würde!)

Ihre „Zivilgesellschaft“ kommt da nicht vor. Sie haben doch nur das Pferd gesucht, auf dem Sie reiten können, um hier noch einmal Allgemeinplätze loszulassen. Alles, was Sie gesagt haben, alles, was Herr Bolte gesagt hat, haben wir doch schon dreimal besprochen. Da gibt es auch keinen Widerspruch.

Nur dazu, was wir als Schlussfolgerung daraus ziehen müssen, gibt es keinen Hinweis. Kam etwas? Bei Herrn Bolte hätte man einmal zählen müssen, wie oft das Wort „müssen“ kam. Was wir alles tun müssten, haben wir schon besprochen. Im Innenausschuss hat das der Innenminister angesprochen.

Das Ergebnis Ihrer Beiträge war, dass der Innenminister, der aus Ihren Reihen kommt, schon leicht genervt mitteilen musste: Lasst uns doch endlich einmal arbeiten! Wir tun es doch schon. Warten wir doch ab, bis das Konzept kommt! Dann können wir doch darüber sprechen. – Da sind wir in einem Boot.

Wenn Sie über die Zivilgesellschaft reden wollen, sind wir in der Notwendigkeit auch mit Ihnen in einem Boot. Aber dann suchen Sie doch ein anderes Thema!

(Zuruf von der SPD)

Herr Kuschke, Sie haben Folgendes gemacht – ein uralter Witz –: Sie sind gebeten worden, über den Elefanten zu sprechen, und Sie haben gesagt: Der größte Feind des Elefanten ist die Fliege. Sie haben hier die Ihnen zustehenden Minuten verbraucht, um über die Fliege zu sprechen. – Das ist „Thema verfehlt“. Das ist Zeitvergeudung. Das schadet sogar dem Thema, weil Sie langweilen. Und es schadet dem Verfassungsschutz, weil er in Verruf gerät. – Das wollen wir nicht.

Nennen Sie die Themen! Diskutieren Sie mit uns über Anträge, auch über die Aufgabe des Parlamentes! Dann machen wir mit. Aber versuchen Sie bitte nicht, uns hier nebenbei auf irgendetwas zu locken, was nicht taugt, was untauglich ist.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Danke schön, Herr Kollege Biesenbach. – Weitere Wortmeldungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, liegen nicht vor, sodass wir die Aussprache zur **Aktuellen Stunde** hiermit **schließen** können.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

2 Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen und zur Anpassung anderer gesetzlicher Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/2944

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Arbeit, Gesundheit,
Soziales und Integration
Drucksache 15/3895

zweite Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU Herrn Kollegen Solf das Wort.

Michael Solf (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Den Gesetzentwurf, der heute zur Abstimmung ansteht, haben wir im Oktober letzten Jahres erstmals auf der Basis eines konkreten Entwurfs beraten.

Seitens der CDU-Fraktion haben wir Ihnen deutliche Worte gesagt. Wir haben Ihnen gesagt, dass wir selbstverständlich am Ziel eines Integrationsgesetzes für unser Land Nordrhein-Westfalen festhalten wollen. Schließlich käme damit ein Prozess zum Abschluss, den CDU und FDP in der letzten Legislaturperiode angestoßen haben und den wir im Dialog mit Rot und Grün in Richtung eines ganz breiten Konsenses von Anfang an bewusst über alle Fraktionsgrenzen hinweg – wenigstens habe ich selbst mich kontinuierlich darum bemüht – weiterentwickelt haben.